

Europäer wollen Wechselkurse stabilisieren

Finanzminister warnen vor weiterem Kursverfall des Dollars / Börsen spekulieren über mögliche Interventionen am Devisenmarkt

Berlin – Das Treffen der G7-Finanzminister in Boca Raton sorgt für Unruhe an den Devisenmärkten. Offenbar wollen die Europäer das Treffen am Wochenende nutzen, um eine Initiative für stabilere Wechselkurse zu starten. Auch in Berlin wird seit Wochen auf entsprechende Äußerungen der EU-Finanzminister verwiesen.

Von Ulrich Schäfer und Helga Einecke

Selten hat ein Finanzgipfel der führenden Industriestaaten die Devisenhändler und Analysten derart in Bann gezogen wie das Treffen, das am Freitag und Samstag in Florida stattfindet. In den vergangenen Tagen wurde darüber spekuliert, dass die Minister aus Europa, Japan und Amerika sogar über ein neues, globales Währungsabkommen beraten könnten, wie es am 22. September 1985 im New Yorker Plaza-Hotel oder am 21. Februar 1987 im Pariser Louvre geschlossen wurde: Damals hatten die Industriestaaten vereinbart, binnen weniger Tage mit mehreren Milliarden Dollar an den Devisenbörsen zu intervenieren, um den Höhenflug, und nur eineinhalb Jahre später den Absturz, des Dollars zu stoppen.

Dass ähnliches nun in Boca Raton auf der Tagesordnung stünde, wird in Berliner Regierungskreisen offiziell demontiert – was angesichts der Brisanz, die Wechselkursfragen anhaftet, aber wenig zu besagen hat. So hat Finanzminister Hans Eichel, ebenso wie seine europäischen Kollegen und die Europäische Zentralbank (EZB), seit Jahresbeginn immer wieder vor den Gefahren gewarnt, die vom übermäßigen Auf und Ab an den Devisenbörsen ausgehen. Eichel sorgt sich, dass die deutschen Industrie angesichts des rasanten Anstiegs, den der Euro im Verhältnis zum Dollar erlebt, allmählich ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen könnte. Die europäische Währung hat sich 2003 zum Dollar um rund 20 Prozent und zu den Währungen der zwölf wichtigsten Handelspartner um etwa zehn Prozent verteuert. Ein Kurs von 1,30 Euro sei, wie man im Finanzministerium versichert, „die absolute Schmerzgrenze“. Mitte Januar erreichte die amerikanische Währung fast diese Marke; derzeit schwankt der Kurs um 1,25 Euro.

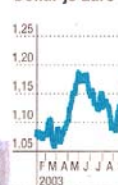
EZB-Präsident Jean-Claude Trichet hatte zuvor mit mehreren „verbalen In-

WELTWIRTSCHAFT

Ungleichgewicht wächst

Europa leidet unter seiner Wachstumsschwäche, in den USA ist die Verschuldung des Staates außer Kontrolle geraten. Ein Ergebnis dieser Ungleichgewichte sind heftige Schwankungen der Wechselkurse.

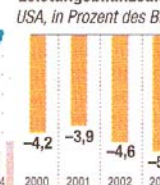
Dollar je Euro



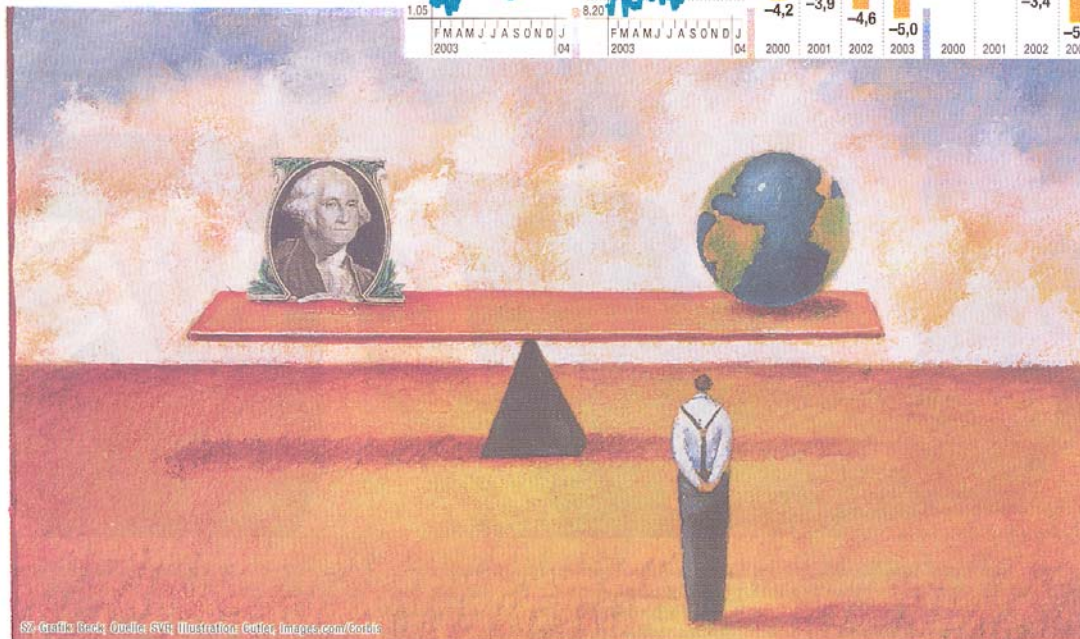
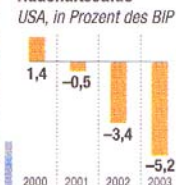
Dollar je Yen



Leistungsbilanzsaldo USA, in Prozent des BIP



Haushaltssaldo USA, in Prozent des BIP



52 Grafik Rock, Quelle: SVT, Illustration: Guter, Image.com/Goetts

terventionen“ den Höhenflug des Euro zu bremsen versucht. Er erklärte, aus Sicht der Europäer seien „übertriebene Volatilität und brutale Wechselkursbewegungen nicht willkommen und nicht angemessen“. Ähnlich äußerten sich die EU-Finanzminister nach einem Treffen in Brüssel, das auch der Vorbereitung des Gipfels in Boca Raton diene.

Unklar ist allerdings, ob die Regierung in Washington tatsächlich zu einer Umkehr in ihrer Weichwährungs-Politik bereit ist: Finanzminister John Snow, aber auch Präsident George Bush, haben billigend in Kauf genommen, dass der Dollar an Wert verliert – was es wiederum den Amerikanern erleichtert, ihren hohen Bedarf an Konsum- und Importwaren im

Ausland zu decken. Bei ihrem letzten Treffen in Dubai hatten sich die G7-Staaten nicht zu einer klaren Aussage in der Abschlusserklärung durchbringen können; die Formulierung vom September wurde von den Märkten vor allem als Aufforderung an Japan und China verstanden, ihre Währungen aufzuwerten.

Eine Gruppe von Professoren namens „ECB Observer“ hat sich in Frankfurt strikt gegen Eingriffe am Devisenmarkt ausgesprochen. Professor Ansgar Belke von der Universität Hohenheim gab den Finanzministern der G7 den Rat, sich am kommenden Wochenende nicht konkret zu den Wechselkursen zu äußern. Dadurch könnten sie den Devisenhändlern das Testen von Schmerzgrenzen erschwe-

ren. Die Anpassung des Dollarkurses müsse aber unweigerlich der Euroraum übernehmen.

Belke nannte fünf Gründe, die gegen Eingriffe am Devisenmarkt sprechen. Erstens würde eine Schwächung des Euro eine expansivere Geldpolitik erfordern und Gefahr für die Preisstabilität bedeuten. Zweitens bremsen eine Euroaufwertung die Ausfuhren nicht in dem Umfang wie befürchtet. Drittens könne die EZB die Wechselkurse weder zielgerichtet und noch systematisch beeinflussen. Viertens verunsicherten Interventionen die Märkte und seien deshalb riskant. Fünftens schmälere ein schwächerer Euro Anreize, Strukturreformen in diesem Währungsraum voranzutreiben.